

Einzureichen an:

Von der Investitionsbank auszufüllen

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Eingangsdatum



Kd-Nr.:

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Sachsen-Anhalt DIGITAL

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten zur Gestaltung des digitalen Wandels in Sachsen-Anhalt (Digi-Projekt-LSA)

- Programmschwerpunkt Digital Creativity – Entwicklung innovativer audiovisueller Medienproduktionen
- Programmschwerpunkt Digital Heritage – Digitalisierung von Gütern des geistigen und kulturellen Erbes

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

1.1 Allgemeine Angaben

Frau Herr Firma Sonstige Anrede

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister) Geburts-/Gründungsdatum

Straße, Hausnummer Vorwahl/Rufnummer

PLZ Ort ggf. Ortsteil

E-Mail Landkreis/Gemeindenummer (falls zutreffend)

Branche/Tätigkeitsbereich

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %

Rechtsform

OHG GbR KG GmbH AG Körperschaft ö. R.

Verein Sonstige

1.2 Ansprechpartner zum Antrag (sofern zutreffend)

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname) Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail



2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

2.4 Beantragung einer Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn (sofern zutreffend)

Hinweis:

Bitte beachten Sie, dass das Datum nicht vor dem Posteingang dieses Antrages bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegen darf, da eine Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn nicht rückwirkend erfolgen kann.

Ich/Wir beantrage(n) die Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn

Tag/Monat/Jahr

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

3.1.1 Ausgabenplan für den Programmschwerpunkt Digital Creativity

Personalausgaben

für zusätzliches Personal

für Stammpersonal

Sachausgaben/Verwaltungsausgaben

Investitionen

Summe der Ausgaben

3.1.2 Ausgabenplan für den Programmschwerpunkt Digital Heritage

Personalausgaben

für zusätzliches Personal

für Stammpersonal

Sachausgaben/Verwaltungsausgaben

Abschreibungen

Leistungen Dritter

Summe der Ausgaben

3.2 Aufteilung mehrjähriger Maßnahmen

| Jahr | geplante Gesamtausgaben in Euro | |
|--------------|------------------------------------|----------------------|
| 20 | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| 20 | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| 20 | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| 20 | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Summe | <input type="text"/> | |

3.3 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

| | |
|--|----------------------|
| Eigenmittel | <input type="text"/> |
| Beantragte Zuwendung | <input type="text"/> |
| Fremdmittel | |
| Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen) | |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen) | |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Summe der Finanzierungsmittel | <input type="text"/> |

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- Mir/uns ist die geltende Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten zur Gestaltung des digitalen Wandels in Sachsen-Anhalt (Digi-Projekt-LSA), Erl. der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur vom 27.03.2017, MBl. LSA Nr. 12 vom 31.03.2017, S. 174) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder - sofern einschlägig - die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus der o. g. Richtlinie sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.
- Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich wir noch nicht begonnen und werden auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen, es sei denn, ich/wir erhalten auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist. Gilt nur bei einer Förderung nach Nr. 2.2 der Richtlinie (Digital Heritage): Des Weiteren ist mir bekannt, dass die Beauftragung eines Gutachters ohne erteilte Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn nur dann nicht als förderschädlicher vorzeitiger Maßnahmebeginn gewertet wird, wenn die Investitionsbank Sachsen-Anhalt mich im Antragsverfahren zur Vorlage eines Gutachtens aufgefordert hat (vgl. Nr. 2.2.5 der o. g. Richtlinie).
- Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus

beantragt.

- i) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- k) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- l) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).
- m) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1 bis 1.2, 2.1 bis 2.3, 3.1.1 bis 3.1.2, sowie die Ziffern 3.2 und 3.3 und Ziffern 5. a) bis l) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß Unterlagencheckliste Ziffern 2. bis 9 beizufügenden Unterlagen. Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Werbeeinverständnis

Die IB kann Sie maßgeschneidert beraten und Informationen individuell auf Sie abstimmen. Bei Start und Änderungen von Förderprogrammen können wir Sie benachrichtigen. Alle Neuheiten der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erfahren Sie exklusiv – wenn Sie der diesbezüglichen Nutzung Ihrer Daten zustimmen:

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns widerruflich damit einverstanden, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt die mit diesem Antrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten telefonisch, per Fax, E-Mail oder schriftlich zukommen zu lassen.

Ja

Nein

6.2 Einwilligung in die Datennutzung

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Domplatz 12, 39104 Magdeburg erfasst, gespeichert und verarbeitet sowie an die mit der Durchführung der Förderung befassten Institutionen des Landes und an die für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme zuständigen Dienststellen des Landes übermittelt, von diesen erfasst, gespeichert und verarbeitet werden können.

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antrag geforderten Angaben zu machen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt), diese Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir/uns bekannt, dass ich/wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann/können, die Bearbeitung des Antrags dann allerdings nicht mehr möglich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)